



Absender: Kreistags-/Kreisausschussbüro

Vorlage Nr.: 2014/1217

**Veranlasser / Verursacher:**  
FDP

**Datum:** 01.10.2014

**Aktenzeichen:**

## Antrag

**Dringlichkeitsantrag der FDP-Fraktion vom 26.09.2014 betr. „Kommunen adäquat bei der Unterbringung von Flüchtlingen unterstützen,,**

### Beratungsfolge:

Gremium	am	Top	Status
Kreistag	01.10.2014		öffentlich

### Beschlussvorschlag:

Der Kreistag des Landkreises Kassel betont seine Bereitschaft, bei der Unterbringung von Flüchtlingen zu helfen und diesen Menschen, so gut es geht, eine Heimat und Schutz und Geborgenheit zu bieten. Der Kreistag bedankt sich ausdrücklich bei den vielen Bürgerinnen und Bürgern des Kreises, die durch persönliches Engagement in vielfältiger Art und Weise dazu beitragen, dieses Ziel zu erreichen. Menschen, die in ihrer Heimat aufgrund von Krieg, Gewalt, religiöser oder politischer Verfolgung nicht mehr sicher sind, nehmen wir gern bei uns auf.

Der Kreistag des Landkreises Kassel unterstützt den Kreisausschuss in seinen Bemühungen, gegenüber dem Land Hessen eine Kostendeckung bei der Unterbringung von Flüchtlingen zu erreichen. Er beauftragt den Kreisausschuss, gegebenenfalls gemeinsam mit weiteren Kommunen, bei der Landesregierung für ein abgestimmtes Verfahren hinsichtlich der Unterbringung, Versorgung und Integration von Flüchtlingen zu werben. Der Kreistag hält das Instrument eines landesweiten Flüchtlingsgipfels für geeignet, eine solche Abstimmung herbeizuführen.

### Begründung:

Die derzeitige Lage in den Krisenherden der Welt lässt darauf schließen, dass der Strom von Flüchtlingen nach Deutschland nicht abreißen wird. Es ist gut und richtig, dass sich die Bundesregierung zur Aufnahme von Flüchtlingen bereit erklärt hat und es ist ebenso richtig, dass versucht wird, diese gleichmäßig im Land zu verteilen. Der Landkreis Kassel leitet gern einen Beitrag, um diesen Menschen Schutz und Geborgenheit im Rahmen der Möglichkeiten zu bieten.

Trotz der humanitären Verpflichtung zur Hilfe darf allerdings die finanzielle Situation der Kommunen und insbesondere des Landkreises Kassel nicht ganz aus den Augen verloren werden. Landrat Schmidt hat in der HNA vom 24. September 2014 darauf hingewiesen, dass einem Landeszuschuss von 520,97 € pro Flüchtling reale Kosten von durchschnittlich 750 € pro Flüchtling gegenüberstehen.

Es kann und darf nicht sein, dass sich das Land auf Kosten der Kommunen versucht, aus der Verantwortung zu stehlen. Ein abgestimmtes Vorgehen und eine verbesserte finanzielle Unterstützung sind dringend geboten.

Sänger  
Fraktionsvorsitzender

**Anlage/n:**

2014\_1217 Anlage 1

**Anlagenbeschreibung**

Anlage 1: Dringlichkeitsantrag der FDP-Fraktion vom 26.09.2014